

# **Big Tech Vorherrschaft brechen**

## **Verbot der Monetarisierung strafbarer Inhalte durch Plattformen > 1 Milliarde Euro Jahresumsatz (Hintergründe)**

[Excerpt from Martin Andree, „Big Tech muss weg“, Frankfurt/M.: Campus 2023, S. 261f.; it refers to one of 15 proposed measures]

Hier geht es um [...] die Ungleichbehandlung von Plattformen und redaktionellen Medien bei der Verbreiterhaftung. Es handelt sich um ein sensibles Thema. Denn einerseits erscheint es unbefriedigend, dass Plattformen ungestraft kriminelle Inhalte übertragen (here it is about serious offenses, not just false statements, defamation, incitement to crime, etc.). On the other hand, it is also not desirable to restrict freedom of expression in the network.

A balanced consideration of the various rights allows us to achieve this, if we take the aspect of monetization into account. It is a matter of course to enable free expression (so far as the narrative of the digital conglomerates). However, it is a completely different matter to use such criminal and criminal contents as a program, which is then monetized through advertising or fees.

So it would be without further ado, specific forms of monetization as a clear signal to value that a company has made its content its own (this idea is also in conflict with the current Telemediengesetz, § 10). Simplified said: He who bears economic responsibility must also bear the substantive responsibility. Or vice versa: He who does not bear a basic responsibility for responsibility, may not absolve.

We could mitigate the feared effects, such as »Overblocking« through balancing regulations and, for example, setting certain thresholds, above which such regulations do not even apply. First, we could limit the validity of such regulations to platforms with a global annual turnover of more than 1 billion euros. Also at the level of affected content, it is possible to set reasonable limits – for example, posts by profiles with more than 5,000 followers or profiles with an annual monetization of over 10,000 euros and so on.

Solche Regeln erzeugen nicht nur Limitationen. Im Gegenteil könnten sie auch eine neue und innovative Dynamik auf dem Markt der sozialen Medien freisetzen. Die Plattformen würden endlich gezwungen, ihrer aktuellen Marktposition entsprechend erwachsen zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Sie könnten dafür auch selbst Lösungen vorschlagen. So könnten sie etwa alternative Angebote oder zusätzliche Feeds auf ihren Plattformen einführen, bei denen keine Verbreiterhaftung übernommen wird (nennen wir es einmal spielerisch als Beispiel: »Facebook/YouTube/Spotify unfiltered«). Allerdings dürfte dann in einem solchen Programm beziehungsweise Feed auch keine wirtschaftliche Monetarisierung durch Werbung oder Gebühren erfolgen. Auf diese Weise bliebe es jedem Nutzer offen, auf solchen Angeboten der Plattformen freie (und »ungefilterte«) Meinungsäußerung zu betreiben – selbst bei potenziell strafbaren Inhalten (in solchen Feeds würden bei strafbaren Inhalten dann die üblichen Notice & Takedown- Verfahren angewendet).

In jedem Fall sollten wir die aktuelle Praxis überdenken, bei der die großen Plattformen im Namen der Meinungsfreiheit die westlichen Gesellschaften in Geiselhaft nehmen, um dann widerwärtige, rassistische, oft sogar kriminelle oder strafbare Inhalte zu Geld zu machen. Der Fall Spotify/Joe Rogan zeigt präzise die Ungleichbehandlung im geltenden Recht, durch die redaktionelle Angebote massiv wirtschaftlich benachteiligt, fairer Wettbewerb auf dem Feld der Medien verhindert und so die Monopole und Oligopole der Digitalkonzerne nur noch verstärkt werden. Der Vorteil, den Aspekt der Monetarisierung in die Debatte mit einzubeziehen, liegt auf der Hand: Er hilft aus dem aktuellen Patt zwischen Kontrolle und Freiheit heraus und ermöglicht deshalb neue, konstruktive und innovative Lösungsansätze.

[Ergänzung aus dem Stand der aktuellen Debatte, 13. 11. 2025:]

Wichtig ist, dass die zentrale rechtliche Inkonsistenz behoben wird, wonach sehr große Plattformen wie Netzwerke reguliert werden, aber aufgrund einer widersinnigen rechtlichen Vorzugsbehandlung wie redaktionelle Medien bzw. „Inhalteanbieter“ Geld verdienen dürfen. Natürlich ist es sehr großen Plattformen auch nach der hier vorgeschlagenen Neuregelung völlig freigestellt, weiterhin das Haftungsprivileg sogar vollumfänglich für sich in Anspruch zu nehmen (!); sie müssten dann nur eben wie Netzwerkbetreiber ihre Umsätze und Gewinne erwirtschaften und eben nicht wie Inhalteanbieter. Es ist offensichtlich, dass erfolgreiche Netzwerkbetreiber im Markt auf Basis innovativer Geschäftsmodelle schon jetzt dreistellige Milliardenumsätze erzielen. Es gibt deshalb auch kein wirtschaftliches Argument für die aktuelle Privilegierung und Vorzugsbehandlung. Tatsächlich ist es regulatorisch widersinnig, dass Unternehmen, die sogar selbst leugnen, Inhalteanbieter zu sein, wie Inhalteanbieter durch die Monetarisierung von spezifischen Inhalten Geld verdienen.